

Jugendliche argumentieren daher häufig mehr auf der emotionalen Ebene als mit wissenschaftlichen Fakten.“ (Jahresbericht der Jugendoffiziere der Bundeswehr 2008)

Verteidigen wir unser demokratisches Recht auf Meinungsvielfalt im Unterricht!

Noch kann jede Lehrkraft Position beziehen:

### **Für eine Schule frei von Bundeswehr!**

Wie die Situation bundesweit ist und was dies für uns in Bayern bedeuten könnte, beschreibt folgender Artikel aus Die Demokratische Schule:

---

### ***Kooperationsvereinbarung zwischen Schulministerium und Bundeswehr***

Am 29.10.2008 schlossen das Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen und das Wehrbereichskommando II der Bundeswehr eine „Kooperationsvereinbarung“. Inzwischen wurde bestätigt, dass auch Saarland einen entsprechenden Vertrag geschlossen hat.

Warum sind der Bundeswehr die bisherigen Möglichkeiten einer Zusammenarbeit mit den Schulen nicht ausreichend genug? Bisher schrieb der zuständige Jugendoffizier eine Schule an und bot seine Dienste an. Wir lesen da vom Grundsatz der „Bundeswehr im Dialog“, unter dem er seine „Unterstützung im Unterricht in allen Fragen der Sicherheitspolitik“ anbietet. Konkret konnten das z.B. „Schulvorträge“, ein „Besuch bei der Truppe“, eine „sicherheitspolitische Lehrerfortbildung“, „Seminarfahrten für Lehrer und Referendare“ oder das „Rollen- und Planspiel Politik & Internationale Sicherheit (POL&IS)“ sein. Außerdem konnten die Offiziere an Berufsinformationsveranstaltungen teilnehmen und die Bundeswehr konnte Anzeigen in Jahresberichten oder Abiturzeitschriften unterbringen, wo den Jugendlichen ein „Einstieg in interessante Managementberufe“ bei der Bundeswehr in Aussicht gestellt wird.

Wesentlich für die bisherige Zusammenarbeit war also immer, dass das Zustandekommen einer Veranstaltung von der einzelnen Schule abhängig war. Das Ergebnis war: Nicht jede/r SchülerIn hat an POL&IS teilgenommen, nicht jede/r ReferendarIn hat eine „sicherheitspolitische Lehrerfortbildung“ mitgemacht. Die grundsätzliche Freiheit der Schule, die Veranstaltung zu organisieren oder auch nicht, bedeutete immer auch die Möglichkeit der Hinterfragung der darin vermittelten Inhalte. Bestünde nun aber keine Absicht, die bisherige Zusammenarbeit zu ändern, so bräuchte es keinen Vertrag.

Was legt die „Vereinbarung“ für NRW fest?

Mit der „Intensivierung der Zusammenarbeit im Rahmen der politischen Bildung im Bereich der Sicherheitspolitik“ übernimmt die Bundeswehr als exekutive Institution der Bundesrepublik die Deutung über ihr eigenes Handeln und damit die Kontrolle darüber, welches Bild die zukünftige Generation davon hat. Welche/r SchülerIn kann dann noch unterscheiden zwischen den Interessen des Militärs und der demokratischen Hinterfragung ihres politischen bzw. militärischen Handelns?

„Die Möglichkeit der Einbindung der Jugendoffiziere in die Aus- und Fortbildung von Referendarinnen und Referendaren sowie von Lehrkräften“ bestand bereits, doch sie verändert sich grundlegend, wenn sie Teil einer Kooperationsvereinbarung wird, deren Umsetzung „durch regelmäßige Gespräche der Jugendoffiziere mit den jeweiligen Leiterinnen und Leitern der Schulabteilungen bei den Bezirksregierungen“ und einem „jeweils zum Schuljahresende“ verfassten „schriftlichen Bericht der Jugendoffiziere“ an das Schulministerium evaluiert wird. Dann wird auch der Schlusssatz der Vereinbarung, dass „die Schulen in eigener Zuständigkeit über die Ausgestaltung der Umsetzung der Vereinbarung entscheiden“ bzgl. der Bildungshoheit der Schule wertlos. Jetzt geht es nicht mehr

darum, zu einer Initiative der Bundeswehr bewusst „Ja!“ zu sagen, jetzt wird es darum gehen, ein entschiedenes „Nein!“ zu formulieren!

Wir Gewerkschafter wissen, dass der verstärkte Einfluss der Bundeswehr auf die Schulen nur im Zusammenhang mit einer Umstrukturierung der Bundeswehr und einer Umdeutung ihrer Aufgaben zu sehen ist. Wir wehren uns gegen Verwendung der Bundeswehr im Inneren, gegen ihre Werbung an den Arbeitsagenturen, gegen die verstärkte zivilmilitärische Zusammenarbeit.

Wir GewerkschafterInnen wissen, dass der Beschluss der Schülerversammlung von NRW (vom 14. März 2009 auf der 95. Landesschülerdelegiertenkonferenz NRW) berechtigt ist, ebenso das „Verbot von Informationsbesuchen der Bundeswehr an Schulen“ zu fordern, wie auch, „dass die Kooperationsvereinbarung umgehend aufgehoben“ werde. Die Schule hat ein ziviler Raum zu bleiben, der junge Menschen zu selbst denkenden kritischen Zivilisten erzieht. Wo die Armee Antworten zu politischen Fragen bietet, muss der mündige Bürger Zivilcourage zeigen und sich dagegenstellen dürfen. Ist das noch eingeplant, wenn uns die Bundeswehr fertige Unterrichtsmodule für die Darstellung wichtiger internationaler Zusammenhänge liefert? Darf dann niemand mehr von „Krieg“ sprechen, wenn der Verteidigungsminister es anders sieht? Welche „Vorbilder“, welche „Feindbilder“ werden wir LehrerInnen dann vermitteln müssen? Was ist aus dem Lernziel „Friedenserziehung“ geworden?

nach DDS 2009-09

---

**Für den Erhalt der  
Meinungsvielfalt in der Schule!  
Keine Kooperationsvereinbarungen  
mit der Bundeswehr!**

## ***Die Schule der Nation ist die Schule***

Mit diesem Zitat Willi Brandts beginnt ein von zahlreichen Lehrern und Prominenten wie Günter Wallraff und Roger Willemsen 2009 unterzeichneter Aufruf.

Die Unterzeichner erinnern daran, dass „die Bundeswehr von Jahr zu Jahr breiter angelegte Reklamefeldzüge veranstaltet, um Jugendliche, meist Minderjährige, für das Soldatenhandwerk zu gewinnen (...) Dies alles soll die Jugendlichen in die Denkweise global agierender Militärpolitik einführen.“

„Im Kern all dieser Anstrengungen stehen Inhalte, die in der Gesellschaft höchst umstritten und oftmals mehrheitlich nicht akzeptiert sind. Zum Beispiel lehnen über 60% der Bundesbürger und -bürgerinnen den Militäreinsatz in Afghanistan ab.“

„Die potentiellen Soldatinnen und Soldaten, die sich einer zunehmend unsicheren sozialen Zukunft ausgesetzt sehen, werden mit Werbeversprechungen von guter Ausbildung, guter Bezahlung bei sicherem ‚Arbeitsplatz‘ umworben. Es geht dabei aber buchstäblich um Leben und Tod. Sie müssen bereit sein, auf Befehl Menschen zu töten, das ist ihr Beruf. Das Berufsrisiko ist, getötet zu werden.“

Wir Lehrer werden darin aufgefordert, unserer Verantwortung für die uns anvertrauten Kinder und Jugendlichen gerecht zu werden, damit sie nicht „einer Werbekampagne zum Opfer fallen, die sie in ein tödliches Abenteuer leiten kann.“

Der vollständige Aufruf „Schule ohne Bundeswehr!“ ist zum Nachlesen und Unterschreiben erhältlich bei

Friedensbildungswerk Köln  
Obenmarspforten 7-11; 50677 Köln  
schule-ohne-bundeswehr@web.de

## ***Die Haltung der Gewerkschaft***

Die GEW München beschloss auf der Mitgliederversammlung vom 5.10.2009 gegen den Grundrechtabbau und für den Erhalt des Friedens aktiver zu werden.

Das 2008 beschlossene bayerische Versammlungsgesetz, gegen das die GEW zusammen mit vielen anderen eindeutig Stellung bezog, ist inzwischen vom Bundesverfassungsgericht abgelehnt worden.



Transparent des HPA München 2009 (GEW & ver.di)

Doch es geht um größere Veränderungen – um einen kompletten Umbau unserer Grundordnung!

In der Innenpolitik wären z.B. die Grundrechtseinschränkungen für verschiedene Bevölkerungsgruppen, die fortschreitende Beweislastumkehr und die Zusammenarbeit und Verschmelzung von Polizei und Geheimdiensten zu nennen.

Dazu kommen noch die Einsätze der Bundeswehr gegen andere Länder und im Land selbst, welche man durch Umdeutung des Grundgesetzes rechtfertigen möchte. Im großen Stil wird versucht, zahlreiche staatliche Einrichtungen und zivile Organisationen unter die ideologische oder faktische Kontrolle der Bundeswehr zu bringen.

Beschlusstext auf: [www.gew-muenchen.de](http://www.gew-muenchen.de)

Wir erstellen als AG des Stadtverbands eine Flyer-Reihe zu diesen Themen und freuen uns über Information, solidarische Kritik und Zuwachs.

[friedliche.schule@gew-muenchen.de](mailto:friedliche.schule@gew-muenchen.de)

*V.i.S.d.P.: J. P. Graf; Schwanthaler Str. 64; 80336 München  
gew-sv-muenchen@link-m.de; Druck: Druckwerk*



## ***Informationen zur Meinungsvielfalt Nr. 1***

**Gewerkschaft  
Erziehung &  
Wissenschaft  
Stadtverband  
München**

*Völlige Freiheit [...] mit einer Einschränkung.*

*Die Einschränkung: Keine Freiheit für Schriften,  
[...] welche den Krieg verherrlichen  
oder als unvermeidbar hinstellen,  
und für solche, welche den Völkerhass fördern.*

*Bertolt Brecht, 1951*

## ***Wollen wir Soldaten als Lehrer?***

Diese Frage stellt sich nach Lektüre eines Schreibens des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus. Unter der Überschrift „Politische Bildung an den Schulen“ ging es am 29.09.2009 an alle Schulleitungen in Bayern.

Darin wird zur Zusammenarbeit der Schule mit der Bundeswehr aufgefordert:

„Die bereits seit Jahrzehnten etablierte Kooperation sollte auch künftig genutzt werden, um die Kommunikation über Sicherheitspolitik im Unterricht möglichst anschaulich zu gestalten.“

([www.realschule.bayern.de/schulleitung/kms/archiv/0977782.pdf](http://www.realschule.bayern.de/schulleitung/kms/archiv/0977782.pdf))

Können wir LehrerInnen diese Arbeit etwa nicht leisten?

Die Jugendoffiziere der Bundeswehr beurteilen unsere Fähigkeiten bei diesem Thema wie folgt:

„Die Jugendlichen haben zu allem eine Meinung, nur fußt diese selten auf fundierten Kenntnissen der Sachlage. Meistens sind die in einer Diskussion benutzten Argumente von Eltern, Lehrern (sic!) oder aus dem Freundeskreis übernommen worden.